

Commer, Heinz

Article — Digitized Version

EWG-Kompromiß: Licht und Schatten

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Commer, Heinz (1966) : EWG-Kompromiß: Licht und Schatten, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 46, Iss. 2, pp. 75-76

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133566>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

zen etwa 3 %; das ist auch die Zahl, die die Bundesregierung genannt hat.

AUDOUARD: Auch da werden die Dinge vermutlich unterschiedlich liegen. Ich bin der Meinung, daß der Konkurrenzkampf auf dem deutschen Markt sehr viel härter wird. Und es wird vermutlich in den einzelnen Branchen sich letzten Endes doch ein ganz unterschiedliches Bild ergeben. Aber ich darf Ihnen in dem Zusammenhang einmal die Einfuhrsteigerungen des Maschinenbaus nennen. Die Maschineneinfuhr hat sich in den elf Monaten 1965 immerhin um 28,2 % erhöht ...

WIRTSCHAFTSDIENST: ... gegenüber ... ?

AUDOUARD: ... gegenüber 12 % Steigerung von 1963 auf 1964. Daraus sehen Sie, wie schwierig die Situation ist. Wir sind im Maschinenbau inzwischen sehr stattlich mit der Einfuhr angewachsen. In den letzten zehn Jahren hat sich die Einfuhr von Maschinen verzehnfacht.

WIRTSCHAFTSDIENST: Woran liegt das? Liegt das an den Kosten und damit an den Preisen? Und gleich eine Zusatzfrage: Sind nicht gerade auf dem Maschinenbausektor andere Faktoren sehr viel wichtiger als gerade der Preisfaktor?

Wir denken daran, daß auf dem Maschinenbausektor praktisch keine homogene Konkurrenzsituation besteht. Es ist vielfach so, daß eine bestimmte Maschine A nur bei der Firma A gekauft werden kann und nicht bei der Firma B. Und nun stellen wir uns mal vor, daß die Firma A eine ausländische und keine deutsche ist!

AUDOUARD: Natürlich gibt es solche Fälle. Das hängt weitgehend mit der Integration zusammen. Und zwar meine ich jetzt nicht die politischen Integrationen à la EWG usw., ich meine überhaupt die wirtschaftliche Integration. Aber zunächst einmal möchte ich Ihnen sagen, daß der für meine Begriffe entscheidende Grund für diese Zunahme gewesen ist, daß sich der Maschinenbau von 1949 an auf den Standpunkt gestellt hat: nur eine liberale Importpolitik kann uns dienlich sein. Glauben Sie mir: Diese Elemente sind von entscheidender Bedeutung, daß überhaupt den ganzen Maschinenlieferern aus aller Welt die sozusagen verbrieften und garantierte Gewähr gegeben ist: Ich kann jetzt durch Jahre hindurch diesen Markt durchforsten und ihn wirklich betreiben. Wo hat denn die deutsche Industrie irgendwo im Ausland, einschließlich der USA, die immer so tun, als ob sie sehr liberal wären, natürlich auch einschließlich Frankreich, einschließ-

lich Italien, einschließlich England, von den Überseemärkten Japan usw. gar nicht zu sprechen — wo haben die deutschen Firmen jemals das Klima einer völligen Liberalisierung gefunden? — Nirgends!

WIRTSCHAFTSDIENST: Würden Sie hieraus irgendwelche politischen Konsequenzen ziehen wollen? Würden Sie meinen, man sollte bei uns von diesem liberalen Standpunkt, was den Import betrifft, heruntergehen, oder würden Sie meinen, daß es besser wäre, sich zu überlegen, ob es nicht im Interesse der deutschen Maschinenbauindustrie oder überhaupt der deutschen Industrie besser wäre, zu gewissen Restriktionspraktiken überzugehen?

AUDOUARD: Nein, Restriktionspraktiken würden wir niemals das Wort reden. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß die liberale Handelspolitik uns sehr großen Nutzen gebracht hat ...

WIRTSCHAFTSDIENST: ... und auch in Zukunft bringen wird?

AUDOUARD: Ja. Wir tun dies natürlich auch mit einem tränenden Auge, denn es gibt natürlich bei uns Fachzweige, sogar in der Maschinenindustrie, die außerordentlich geschädigt sind durch diese liberale Politik. Darüber müssen wir uns völlig klar sein.

EWG-Kompromiß: Licht und Schatten

Die Ansicht ist weit verbreitet, daß die Krise der EWG erst am 30. 6. 1965 ausgebrochen ist. Diese Meinung ist unrichtig. Bereits Mitte 1965 kamen nämlich wichtige Entscheidungen der EWG, beispielsweise zur Vollendung der Agrarfinanzierung, der Agrarmarktordnungen und vor allem der Wirtschaftsunion nicht weiter. Seit dem Ausbruch der Krise am 30. 6. 1965 hat sich diese Situation allerdings verschärft. Außer dem fast völligen Stocken der Verhandlungen der EWG mit Drittländern ist auch der Rechtssetzungsprozeß innerhalb der Gemeinschaft stecken geblieben. In der Zeit vom 30. 6. 1965 bis Januar 1966 sind Vorschläge zu 15 Verordnungen, 15 Richtlinien, 6 Entscheidungen und 1 Empfehlung, die alle von der EWG-Kommission dem Ministerrat unterbreitet wurden, nicht mehr weiterbehandelt worden. Die Krise hatte aber wenigstens etwas Gutes: Sie brachte Klarheit

über den Kern der Schwierigkeiten der Gemeinschaft, und zwar auf drei Gebieten:

Grundübel: Differenzen in der Außenpolitik

Immer eindeutiger stellt sich heraus, daß die Länder der Gemeinschaft in der Zielsetzung ihrer Außen- und Verteidigungspolitik auseinanderklaffen. Hier ergab sich insbesondere auch ein bedauerlicher Unterschied in der Zielsetzung zwischen der Bundesrepublik und Frankreich. Während die Bundesrepublik im wohlverstandenen Interesse ihrer Sicherheitspolitik die Verbindung zu den Vereinigten Staaten keineswegs gefährden will, zielt Frankreich auf das sogenannte „europäische Europa“, das von den Vereinigten Staaten möglichst unabhängig eine eigene Politik treiben

soll. Es ist klar, daß diese außen- und verteidigungs- politischen Meinungsverschiedenheiten negativ auch auf die EWG ausstrahlen.

Deutscher Schwerpunkt: Wirtschaftsunion

Die Bundesrepublik als Industrienation muß ein besonderes Gewicht darauf legen, daß das Teilgebiet „Wirtschaftsunion“ der EWG besonders weitergetrieben wird. Außer einigen Ansätzen in der Wettbewerbspolitik und bei der Rechtsangleichung ist aber leider die Wirtschaftsunion nicht weitergekommen. Die Beseitigung der Wettbewerbsverfälschungen in der Gemeinschaft blieb im Ansatz stecken. Zur Beseitigung dieser Wettbewerbsverfälschungen innerhalb der Gemeinschaft spielt dabei die Vereinheitlichung der Steuersysteme innerhalb der EWG eine besondere Rolle.

Neben dem administrativen Prozeß der Integration spielt der psychologische Faktor bei der Verschmelzung der Märkte in der Wirtschaftspraxis eine besondere Rolle. Die Krise mit ihrer relativen Kürze von sieben Monaten hat erfreulicherweise nur in wenigen Fällen dazu geführt, daß Investitionen, die auf Anpassungsmaßnahmen an den Gemeinsamen Markt abzielten, unterblieben.

Bei der Agrarunion ist im Gegensatz zu häufigen französischen Behauptungen festzustellen, daß hier erhebliche Fortschritte erzielt werden konnten. Bezeichnend hierfür ist, daß 90 % aller Verordnungen der EWG sich auf den Agrarsektor beziehen.

Auch die Zollunion hat gute Fortschritte vor allem bei der Beseitigung der Zölle unter den Mitgliedsländern gebracht. Hier sind 80 % der Zölle inzwischen gesenkt worden. Im Unterschied hierzu ist die vor allem in der deutschen Zielsetzung eines möglichst freien Welt Handels liegende Kennedy-Runde nicht weitergekommen. Es ist daher vordringlich, daß hier möglichst bald das Verhandlungsmandat der Kommission erweitert wird.

Risse und Gegensätze im Überbau

Mit Recht ist betont worden, daß Grundlage oder „Überbau“ einer echten Gemeinschaft der sogenannte „esprit communautaire“ ist. Man muß heute die Frage stellen, wie wenig weit dieser Gemeinschaftsgeist entwickelt wurde, wenn es möglich war, daß ein Mitgliedsland entgegen dem Wortlaut und dem Geist des Vertrages sieben Monate durch die sogenannte Politik des leeren Stuhls eine Lähmung der Tätigkeit der Gemeinschaft herbeiführte.

Ein weiteres ernstes Handikap für die Gemeinschaft bleibt die unterschiedliche, ja gegensätzliche Auffassung über die Haltung der EWG nach außen. Bedauerlicherweise sind auch hier die Antagonisten die Bundesrepublik und Frankreich. Während die Bundesrepublik eine möglichst weite „Öffnung“ der EWG, insbesondere wegen ihres sehr wichtigen Handels mit den

EFTA-Ländern vertreten muß, vertritt Frankreich, wenn auch mit einer gewissen abnehmenden Stärke, weiterhin ein merkantilistisch-protektionistisches Konzept. Ein kürzlich erschienenenes Gutachten des wichtigen französischen Wirtschafts- und Sozialrates erklärt, daß eine Senkung der Zölle im Rahmen der Kennedy-Runde für die französische Industrie untragbar sei. Es wird noch eines langen Prozesses des Umdenkens in Frankreich bedürfen, bis sich hier die Auffassungen mehr angenähert haben werden.

Die Kompromißlösung der Krise

Der Kompromiß zur Beendigung der EWG-Krise, der vor allem die Rückkehr Frankreichs nach Brüssel brachte, kann folgendermaßen zusammengefaßt werden: Die bisherige Verflechtung der EWG-Märkte und vor allem die Unterstützung des Gedankens der europäischen Integration in einer breiten Öffentlichkeit hat dazu geführt, daß keine Regierung es sich leisten kann, die EWG „platzen“ zu lassen. Auch der Gaullismus muß einsehen, daß er die EWG nicht beseitigen kann. Im Gegenteil: Sicher ist heute, daß die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft den Gaullismus politisch überleben wird.

Allerdings ist noch offen, ob die Verwirklichung der Beschlüsse von Luxemburg nicht zu einem Substanzverlust der EWG führen wird. Gerade das Nichtvermögen der Sechs, sich in der Frage der Mehrheitsabstimmung, dem eigentlichen Konzentrat einer echten Gemeinschaft, zu einigen, zeigt, daß hier die EWG auch in Zukunft dem Damoklesschwert eines eventuell erneuten Boykotts seitens Frankreichs nicht entronnen ist. Inwieweit die dynamische Kraft der EWG-Kommission in Zukunft geschwächt werden wird, muß die praktische Anwendung der nunmehr revidierten Zusammenarbeit zwischen ihr und dem EWG-Ministerrat, der eine Aufwertung erfuhr, zeigen.

Bedauerlicherweise hat die siebenmonatige Krise der EWG auch zu einer weiteren Schwächung des sogenannten Gemeinschaftsgeistes geführt. Es muß davon ausgegangen werden, daß alle Mitgliedsländer dem französischen Beispiel zumindest insofern folgen werden, daß sie nunmehr fast ausschließlich und ausgeprägter als bisher beharrlich ihre nationalen Interessen verfolgen und noch stärker als bisher mit Mißtrauen um diese mit allem Nachdruck ohne Konzessionsbereitschaft feilschen werden. Die Bundesrepublik hat besondere Interessen auf dem Gebiet der Wirtschaftsunion. Sie wird in Zukunft stärker als bisher und mit einer größeren Unterstützung des Deutschen Bundestages darum kämpfen, daß alle Fortschritte in der EWG zumindest auch gleichrangig und gleichwertig auf dem Gebiet der Wirtschaftsunion erfolgen. Insofern ist in Abwandlung eines Wortes des früheren französischen Landwirtschaftsministers Pisani für die Bundesrepublik festzustellen: „Wir sind stärker als bisher dazu gezwungen, Erfolge in der EWG auf dem Gebiet der Wirtschaftsunion zu erreichen.“

Dr. Heinz Commer, Bonn